

Niederschrift

über die 6. öffentliche Sitzung

des Ausschusses für Soziales, Integration und Digitalisierung

am Donnerstag, 15. August 2024, 17:00 Uhr

im Sitzungssaal der Stadtverordneten, Rathaus, Kassel

19. August 2024

1 von 6

Anwesende:

Mitglieder

Norbert Sprafke, Vorsitzender, SPD

Christine Hesse, Mitglied, B90/Grüne

(Vertretung für Herr Mustafa Gündar)

Anja Lipschik, Mitglied, B90/Grüne

Natalie Sperl, Mitglied, B90/Grüne

Maria Stafyllaraki, Mitglied, B90/Grüne

Esther Kalveram, Mitglied, SPD

Petra Ullrich, Mitglied, SPD

Holger Augustin, Mitglied, CDU

(Vertretung für Frau Annette Knieling)

Maximilian Bathon, Mitglied, CDU

(Vertretung für Herr Christoph Frank)

Natalie Paschenko, Mitglied, CDU

Soumya Belabed, Mitglied, DIE LINKE

(Vertretung für Frau Jenny Schirmer)

Manuela Ernst, Mitglied, FDP

(Vertretung für Herr Thorsten Burmeister)

Norbert Hansmann, Mitglied, AfD

Teilnehmer mit beratender Stimme

Christian Klobuczynski, Stadtverordneter, Freie Wähler

Semra Yazicioglu, Vertreterin des Ausländerbeirates

Kristina Quanz, Vertreterin des Behindertenbeirates

Magistrat

Heiko Lehmkuhl, Stadtrat, CDU

(Vertretung für Herr Dr.-Ing. Norbert Wett)

Schriftführung

Annika Kuhlmann, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen

Constanze Wüstefeld, Dezernat -IV-

Adriana Cancar, Dezernat -III-

Michael Schwab, Amt für Kommunikation

Markus Leick, Amt für Kommunikation

Alexander Ringbeck, Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters

Jenny Schirmer, Fraktion DIE LINKE

Teslihan Ayalp, Amt für Chancengleichheit

Annli Lattrich, Ortsbeirat Wesertor

Hendrik Jordan, Magistrat

Niklas Kraft, Büro der Stadtverordnetenversammlung
Kirsten Liebehentze, Sozialamt
Michael Hahn, Sozialamt

2 von 6

Tagesordnung:

- | | |
|---|-------------|
| 1. Unterkünfte für Geflüchtete in Kassel | 101.19.1221 |
| 2. Unterbringung von Geflüchteten im Wesertor | 101.19.1222 |

Vorsitzender Sprafke eröffnet die mit der Einladung vom 8. August 2024 gemäß § 17 (3) der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung ordnungsgemäß einberufene 6. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Digitalisierung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Stadtrat Lehmkuhl beantragt die Anfrage unter TOP 2 betr. „**Unterbringung von Geflüchteten im Wesertor**“, 101.19.1222, vorzuziehen.
Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Vorsitzender Sprafke stellt die so geänderte Tagesordnung fest.

Der Tagesordnungspunkt 2 wird vorgezogen.

2. **Unterbringung von Geflüchteten im Wesertor**
Anfrage der SPD-Fraktion
- 101.19.1222 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Zuweisungen vom Land Hessen

1.1. Wie viele Personen wurden der Stadt Kassel vom Land Hessen im ersten, zweiten und dritten Quartal 2024 zugewiesen und wie viele Personen sind tatsächlich bis Ende Juli 2024 von der Stadt Kassel aufgenommen worden?

1.2. Wie viele Menschen sind im Jahr 2024 aus der Ukraine direkt in die Stadt Kassel gekommen und konnten auf die Zuweisungsquote der Stadt angerechnet werden?

1.3. Wie viele Kinder unter 6 Jahren und zwischen 8 und 18 Jahren sind unter den aufgenommenen Personen? 3 von 6

1.4. Wie sehen mögliche Prognosen für das vierte Quartal aus?

1.5. Sieht sich der Magistrat aufgrund der tatsächlich aufgenommenen Personen und der Prognosen mit der neuen großen Unterkunft in Wesertor ausreichend vorbereitet oder müssen weitere Unterkünfte angemietet werden?

1.6. Wie viele geflüchtete Personen wurden in den letzten 10 Jahren jährlich aufgenommen?

1.7. Wie viele Monate beträgt der durchschnittliche Verbleib in einer Gemeinschaftsunterkunft? Hat sich dieser aufgrund des angespannten Wohnungsmarktes in den letzten 10 Jahren verlängert?

1.8. Wie sieht die aktuelle Verteilung der Plätze in Gemeinschaftsunterkünften nach Stadtteilen aus (Stand Juli 2024)? Wie viele Plätze sind davon belegt?

1.9. Wie viel Prozent der Menschen in Gemeinschaftseinrichtungen erhalten Bürgergeld, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz oder Grundsicherung?

2. Konzept der Unterbringung und psycho-sozialen Versorgung

2.1. Welche Art der Unterbringung wird von der Stadt Kassel verfolgt?

2.2. Welche Vorteile werden bei Einrichtungen von über 200 Personen und bei kleinen Unterkünften unter 25 Personen gesehen? Bitte berücksichtigen Sie hier Aspekte sowohl für die betroffenen geflüchteten Menschen, die Bewohner im Stadtteil, die soziale Lage und Infrastruktur im Stadtteil als auch die verwaltungsökonomische Seite?

2.3. Ab welcher Größe wird ein zusätzliches Sicherheitskonzept aus Sicht des Magistrats benötigt?

2.4. Ab welcher Größe ist Caritas mit der psycho-sozialen Betreuung und einem Büro vor Ort?

3. Neue Unterkunft am Wesertor

3.1. Handelt es sich hier um die größte Unterkunft in der Stadt? Über wie viele Kapazitäten verfügen die 5 größten Unterkünfte in der Stadt? In welchen Stadtteilen sind die fünf größten Unterkünfte verortet?

3.2. Welche Personen aus dem Stadtteil wurden im Vorfeld (Planungsphase) über die sehr große Unterkunft informiert? (Ortsvorsteherin, Mitglieder des Ortsbeirates, Staatliches Schulamt, Schulleitungen, unmittelbare Nachbarschaft, Stadtteiltzentrum Wesertor, Kindertageseinrichtungen, Polizei, Kirchengemeinden, Sprachkursträger, Organisationen, die Geflüchtete unterstützen)? Gab es Bedenken von Seiten der Stadtteilkenner? Wenn ja, welche?

3.3. Über welche Erfahrungen mit der Unterbringung von Geflüchteten verfügt der Betreiber? Gab es bereits eine Zusammenarbeit mit dem Betreiber? Ist der Betreiber in anderen Gebietskörperschaften im Bereich der Unterbringung von Geflüchteten tätig? Welches Personal wird vom Betreiber für welche Aufgaben eingesetzt (Anzahl und Qualifikation)?

3.4. Wurde das Vorhaben mit dem Amt für Kindertagesbetreuung im Vorfeld abgestimmt? Gibt es Kapazitäten für die Kinder, die in der Unterkunft wohnen, in bestehenden Kitas oder wird auf dem Gelände eine eigene Einrichtung aufgebaut? Mit wie vielen Kindern unter sechs Jahren wird geplant?

3.5. Wurde das Vorhaben mit dem staatlichen Schulamt und dem Amt für Schule und Bildung abgestimmt? Wo werden die geflüchteten Kinder beschult? In welchen Schulen werden zusätzliche Klassen einrichtet? Mit wie vielen Kindern, die beschult werden müssen, wird gerechnet?

3.6. Ist ein Sicherheitskonzept bei einer derart großen Unterkunft notwendig?

3.7. Welche Notwendigkeiten baurechtlicher Art waren notwendig? Wann wurde der Bauantrag eingereicht? Wann genehmigt?

3.8. Gibt es Gemeinschaftsräume in der Unterkunft?

3.9. Wie ist die soziale Betreuung organisiert? Wird die Caritas vor Ort mit einem Büro vertreten sein?

3.10. Was sind aus Sicht des Magistrates die größten Herausforderungen beim Betrieb einer so großen Unterkunft im Stadtteil Wesertor?

4. Finanzierung

4.1. Welche Kosten entstehen für die Stadt?

4.2. Werden die Betreiber mit einem Tagessatz vergütet?

4.3. Welche Vertragslaufzeiten sind üblich?

4.4. Wie setzen sich die Erstattungen für die Aufwendungen durch das Land und den Bund zusammen? 5 von 6

Stadtverordnete Kalveram, SPD-Fraktion, begründet die Anfrage ihrer Fraktion. Stadtrat Lehmkuhl beantwortet die Anfrage und die sich anschließenden Nachfragen der Ausschussmitglieder.

Nach Beantwortung durch Stadtrat Lehmkuhl erklärt Vorsitzender Sprafke die Anfrage für erledigt.

1. Unterkünfte für Geflüchtete in Kassel

Antrag der SPD-Fraktion
- 101.19.1221 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten bei der künftigen Planung einer Unterkunft für Geflüchtete mit mehr als 50 Plätzen, vorab das Gespräch mit dem zuständigen Ortsbeirat und entsprechenden Akteuren im Stadtteil zu suchen. Eine Vorabkommunikation, mit dem Ortsbeirat, Anwohner*innen und Akteur*innen bei der Unterbringung von Geflüchteten soll Grundvoraussetzung für eine gelingende Integration sein.

Des Weiteren soll die Stadt Kassel am Konzept der dezentralen Unterkünfte festhalten und diese sozial gerecht innerhalb der Stadt zu verteilen.

Stadtverordnete Kalveram, SPD-Fraktion, begründet den Antrag ihrer Fraktion.

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Digitalisierung fasst bei

Zustimmung: SPD, DIE LINKE, AfD

Ablehnung: B90/Grüne, CDU, FDP

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der SPD-Fraktion betr. Unterkünfte für Geflüchtete in Kassel, 101.19.1221, wird **abgelehnt**.

Berichtersteller/-in: Stadtverordnete Lipschik

Ende der Sitzung: 17:54 Uhr

Norbert Sprafke
Vorsitzender

Annika Kuhlmann
Schriftführerin